

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den nächsten Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Agenturen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Vorbestellung 20 Wk. wöchentlich 10 Wk. im Voraus. Einzelhefte 10 Pf. Wilsdruff-Dresden, den 19. Januar 1926. Druck: Wilsdruffer Druckerei.

Abgabepreis: Die 4. Spaltenzahl 20 Wk. wöchentlich, die 4. Spaltenzahl 20 Wk. wöchentlich, die 4. Spaltenzahl 20 Wk. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 17 — 85 Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod: Dresden 2640

Mittwoch den 20 Januar 1926

Das Reichsinnenministerium.

Die Bildung eines „Kabinetts der Mitte“ durch Dr. Luther ist gescheitert an dem Widerspruch der Bayerischen Volkspartei, die einer Befestigung des Reichsinnenministeriums durch den Demokraten noch nicht zustimmen wollte, obwohl derselbe noch einmal gesagt hat, dieses Ministerium komme ihm vor wie — eine Dame ohne Unterleib. Er spricht aus Erfahrung, denn er war schon einmal zwei Jahre hindurch Reichsinnenminister. Doch, wenn man nicht gerade diesen drastischen Vergleich brauchen will — das Ministerium ist zum mindesten ein Messer ohne Schneide. Und mit dem bloßen Hest kann man auch nicht gerade viel machen.

Der Reichsinnenminister ist — man braucht das nicht anzüglich aufzufassen — ein Kopf, zu dem der Leib fehlt. Also zunächst die ausführenden Organe. Die sind zwar theoretisch da, nämlich die Innenministerien der Länder; aber diese „ausführenden Organe“ pflegen und pflegen im allgemeinen nur das auszuführen, was sie selbst wollen. Und wenn z. B. zwischen dem Reichsinnenminister und etwa dem des größten Landes, Preußen, ein parteipolitischer Gegensatz obwaltet, wie zwischen dem früheren Minister Schiele und Sebering, dem preussischen Innenminister, dann ist der Reichsminister praktisch machtlos. Übrigens ist es auch ebenso in anderen Fällen, wenn man sich z. B. an das manchmal recht eigenartige Verhältnis zwischen dem Reich und Bayern erinnert. Dort in München hat man oft gar wenig darauf geachtet, wenn in Berlin der Reichsinnenminister die Hände tangt.

Der hat eigentlich nur einen „politischen“ Einfluss als Hüter der Verfassung; die Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten zu pflegen, auszusprechen, eventuell auch verfassungsrechtlich anders zu gestalten, gehört zu seinem Aufgabenkreis. Nun war doch den Bayern einmal als Demokrat und daher als Zentralist sehr verächtlich, verächtlicher noch, weil er seinerzeit eine zentralistische Antwort auf die bekannte bayerische Denkschrift über die föderalistische Umgestaltung der Beziehungen zum Reich verfaßt hat. Ebensoviele hat aber praktisch das Reichsinnenministerium auf einem anderen Gebiet zu sagen, das zu seinem Ressort gehört, dem der Schutzpolizei. Auch hier muß es sich auf eine allgemeine regelnde Tätigkeit beschränken. Es gibt noch eine ganze Reihe anderer Tätigkeitsgebiete, wie Gesundheits-, Presse- und Vereinswesen, die Fragen der Reichsangehörigkeit und Bevölkerungspolitik, Versicherungswesen und Zensur, Fremdenpolizei und Sport — aber überall findet hier nur eine „Tätigkeit der Richtlinien“ statt — abgesehen von der Statistik —, während die Ausführung den Ländern obliegt.

Als „Hüter der Verfassung“ hat der Reichsinnenminister aber noch einige andere Aufgaben, die an Wichtigkeit kaum etwas zu wünschen übriglassen, weil sie innerpolitische Streitfragen allererster Ordnung betreffen. Es gibt nämlich in der Verfassung einige Artikel, die nur allgemeine Grundsätze enthalten und dazu den Zusatz, daß „alles Weitere durch ein Reichsgesetz geregelt“ wird. Da ist z. B. der Artikel 48, der den sogenannten „Belagerungszustand“ behandelt. Da ist ferner der Kampf um den Artikel 13, also der Kampf um die Art, in der die Neugliederung des Reiches, Veränderungen im Bestand der Einzelstaaten, erfolgen soll. Da ist der vielleicht umstrittenste Artikel 146, der die Verhältnisse im Schulwesen regelt oder vielmehr nicht regelt, da bis zur Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes alles beim Alten bleiben muß. Bekanntlich ist ein derartiger Entwurf schon 1921 herausgekommen, aber 1924 ergebnislos wieder zurückgezogen worden; 1925 wurde ein Referentenentwurf bekannt, wodurch ein erbitterter Kampf um das Schicksal der Volksschule entzündet wurde. Und hierin wollen sich die Bayern mit einem Demokraten nicht befreundet, da seine Partei ja Vorkämpferin der Volksschule ist. Da hierüber die Meinungen selbst innerhalb der Mittelparteien arg auseinandergehen, hat das Zentrum auf das Innenministerium unter der fälschlicherweise voraussetzung versichert, daß ein solcher Reichsschulgesetzentwurf vorerst nicht herauskommt.

Es ist also doch etwas dran an dieser „Dame ohne Unterleib“.

Die Regierungsverhandlungen.

Man sprach in Berlin schon von dem vollständigen Scheitern der Mission Dr. Luthers, der seinen Auftrag zur Regierungsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen wollte. Die Idee eines Beamtens-Kabinetts fand wenig Anklang. Aber in dieser Zeit der Aberrassungen kam es wieder einmal anders. Nachdem Montag alles gescheitert schien, wurden Dienstag früh die Verhandlungen Dr. Luthers mit den Parteien wieder aufgenommen, mit Einschluß der Demokraten.

An den Beratungen nahmen teil von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Dr. Bays, vom Zentrum Marx und Fehrenbach, von den Demokraten Haas und Erlangen, von der Bayerischen Volkspartei Dr. Leicht. Später kamen an Ministern noch Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Braun, Reichsjustizminister Stinckel und Reichswehrminister Gessler hinzu. Zu Beginn der Sitzung wurden die demokratischen Vertreter von dem rechtssten Reichs-

Das neue Kabinett.

Der letzte Appell des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag um 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien und gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab:

„Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Vorfürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausscheiden der Deutschen Nationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlagen entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Herrn Abg. Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar weniger tragfähige, aber immerhin doch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen.“

Der Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche große Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näherzukommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz aus dem Wege zu räumen. Auf der anderen Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Befestigung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Kanzler nicht alle, an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausführung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüssen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend Ihre endgültige Stellung zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrisis beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird.“

Hierauf begaben sich die Vertreter der vier Parteien in die Reichskanzlei, wo ihnen Reichskanzler Dr. Luther seine Minister-

liste vorlegte, die ebenfalls ohne weitere Aussprache entgegengenommen wurde.

Luthers Ministerliste.

Berlin, 19. Januar. Die vom Reichskanzler Dr. Luther heute abend vorgelegte Ministerliste lautet wie folgt:

- Reichskanzler: Dr. Luther
 - Reichsminister: Dr. Stresemann
 - Inneres: Dr. Kütz
 - Finanzen: Dr. Reinhold
 - Wirtschaft: Dr. Curtius
 - Justiz: Marx
 - Reichswehr: Gessler
 - Post: Stinckel
 - Verkehr: Krohne
- Ernährung vorläufig unbesetzt.

Das Kabinett gebildet.

Berlin, 19. Januar. Nachdem im Laufe des Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der vom Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Befestigung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte nunmehr gebildet ist. Das Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden.

Die Deutschen Südtirols vogelfrei!

Androhung mit Ausweisung!

In einer Verordnung der italienischen Regierung wird bestimmt, daß die Verwaltungsbehörden das Recht haben, die Optionen der deutschen Bewohner Südtirols aufzuheben, wenn sich herausstellt, daß der Optionant sich seiner politischen Haltung gegenüber der italienischen Staatsangehörigkeit unwürdig zeigt. In Zukunft können daher auf Grund einer einfachen behördlichen Anordnung alle politisch verdächtigen Südtiroler nach Aberkennung der italienischen Staatsangehörigkeit ausgewiesen werden.

Die deutsche Presse in Norditalien sowie die gesamten österreichischen Blätter erheben scharfen Einspruch gegen diese Vergewaltigung des Deutschen, das durch diese Bestimmung völlig entrechtet wird. Sie weisen darauf hin, daß hierdurch alle Deutschen für völlig vogelfrei erklärt werden. Das Presseamt der faschistischen Partei Italiens teilt mit, daß jenseits der italienischen Grenze in allen Orten Touristenvereine gegründet würden, die die Aufgabe haben, die Italianisierung dieser Gebiete zu fördern.

Fraktion kommunistischer, der den Widerspruch der Bayerischen Volkspartei gegen die Kandidatur Koch für das Reichsinnenministerium ablehnte. Der Kanzler regte zunächst an, in neue Kompromißverhandlungen einzutreten, und verhandelte dann mit jeder Fraktion einzeln. Nach einiger Zeit entfernten sich die beiden demokratischen Vertreter, um Fühlung mit Koch und ihrer Fraktion aufzunehmen. Die Vertreter der übrigen Fraktionen und die Minister blieben beisammen, um die Möglichkeiten einer Kompromißlösung zu prüfen. Der Kompromißvorschlag bestand darin, daß das Innenministerium der demokratischen Führer Koch, das Wirtschaftsministerium der volksparteiliche Abg. Dr. Curtius.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung soll vom Zentrum besetzt werden, eventuell durch den gegenwärtigen preussischen Landwirtschaftsminister Steiger. Natürlich ist der Vorschlag gemacht unter der Voraussetzung der Zustimmung der Bayerischen Volkspartei, die aber im Laufe des Nachmittags noch nicht vorlag. Der Reichspräsident hatte dem Vernehmen nach die Absicht, die Parteiführer noch im Laufe des Tages zu empfangen, um auf eine Lösung hinzuwirken. Die in Betracht kommenden Parteien hielten Sitzungen ab, wobei die Demokraten, wie gerüchtweise verlautet, beschloffen hätten, auf ihrem Standpunkt zu verharren und im übrigen abzuwarten.

Demokraten und Bayern.

Die Beschlässe der beiden Parteien, welche den entstandenen Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung zugrunde lagen, lauten:

Die Bayerische Volkspartei faßte folgende Erklärung: 1. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei erklärt eine Lösung der Kabinettsbildung mit Herrn Koch als Innenminister als untragbar und würde beim Festhalten an dieser Lösung an einer Koalition auf-

der Grundlage nicht teilnehmen. 2. Angehört der großen politischen Schwierigkeiten für den Fall einer parteipolitisch-parlamentarischen Befestigung des Innenministeriums erachtet die Fraktion die Befestigung mit einem „Fadmann“ als richtige Lösung. 3. Je nach Erledigung dieser beiden Punkte wird die Stellungnahme zu den weiteren Verhandlungen sich gestalten.

Die Demokraten antworteten darauf: Die Fraktion der Deutsch-Demokratischen Partei ist nicht gewillt, in Folge des Einspruchs der Bayerischen Volkspartei auf ihre Wünsche über die Befestigung des Reichsinnenministeriums zu verzichten. Sie hat diese Befestigung aus der Überzeugung vertreten, daß durch sie die Führung der Innenpolitik im Geiste der Verfassung gesichert werden solle. Die Fraktion ist nicht in der Lage, diese Überzeugung einem unbegründeten partikularen Interessen preiszugeben.

Der Astenrat des Reichstages will unverzüglich zusammentreten, um sich darüber schlüssig zu werden, wann die Regierungserklärung angefertigt werden kann. Man rechnet auch bei einem günstigen Ausgang der letzten Besprechungen Dr. Luthers mit einer Vertagung, da sich der ursprüngliche Termin, Mittwoch, wohl auf keinen Fall einhalten lassen wird.

Die Stärke der Besatzungsgruppen.

Eine Interpellation im Reichstag.

Im Reichstag ist eine Interpellation der Fraktion der Deutschen Volkspartei eingegangen, in der es u. a. heißt, daß nach englischen Zeitungsmeldungen der Unterabschluß des Vorkriegsrates vorgeschlagen habe, die Stärke der in der zweiten und dritten Zone verbleibenden Besatzungsgruppen auf etwa 75 000 Mann festzusetzen. Es wird gefragt, ob diese Nachricht zutrifft und welche Schritte die Regierung setzen hat bzw. zu tun